



Seehofer muss Sozialwohnungsbau stärker fördern



Robert Feiger, Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)
Frankfurt am Main, 30.03.2018

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert Bundesbauminister Horst Seehofer auf, den Schwerpunkt der Wohnungsbaupolitik auf den Bau von bezahlbaren Miet- und Sozialwohnungen zu legen. „Gerade Haushalte mit nur geringem Einkommen finden kaum bezahlbaren Wohnraum. Lediglich sechs Prozent der Mietwohnungen sind Sozialwohnungen.

Dieses Angebot ist erschöpft und schrumpft sogar noch. Mit der nun um ein Drittel abgesenkten Fördersumme von je einer Milliarde Euro für die Jahre 2020 und 2021 vergrößert sich die Lücke weiter. Hier muss der Bund deutlich mehr tun“, sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Den veranschlagten Mitteln für Haushalte mit niedrigem Einkommen stehen dagegen für das geplante Baukindergeld 22 Milliarden Euro bei einem Förderzeitraum von zehn Jahren gegenüber. Allein für diese Legislaturperiode ist abzusehen, dass sich die geplanten Kosten für das Baukindergeld von zwei Milliarden Euro verdoppeln werden. Damit stehen die Unterstützung von Gutverdienern und die der ärmeren Haushalte in keinem vernünftigen Verhältnis mehr. Am Ende haben die Einen ein subventioniertes Eigenheim und Geringverdiener müssen den Großteil ihres Einkommens für ihre Miete aufbringen.

Wenn Bundesbauminister Horst Seehofer das ‚S‘ im Namen seiner Partei ernst nimmt, muss er die Schieflage am Wohnungsmarkt beseitigen und bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau deutlich stärker und verstetigt unterstützen. Er muss zudem verhindern, dass der Bund seine Mitverantwortung für den Bau von Sozialwohnungen ab 2019 verliert.“

Das Bundesfinanzministerium hatte auf Anfrage der Grünen jüngst eingeräumt, dass für das Baukindergeld im Laufe der kommenden vier Jahre rund vier Milliarden Euro veranschlagt werden.

Lokalkompass.de 30.03.2018



Erntehelfer erhalten 9,10 Euro pro Stunde



Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU (Foto: IG BAU Alexander Paul Englert)
Frankfurt am Main, 02.04.2018

Zu Ostern gibt es nur vereinzelt Spargel. Doch die richtige Spargelsaison beginnt demnächst. Überwiegend Saisonkräfte arbeiten auf den Feldern und stechen das Gemüse. Meist sind es Arbeiterinnen und Arbeiter aus dem Ausland – überwiegend aus Osteuropa. Gute Helfer sind begehrt, denn sie ernten rund zwanzig Kilo in der Stunde

Bei der Ernte kommt es nicht nur auf Schnelligkeit an. Ebenso wichtig ist, dass beim Stechen der empfindliche Spargel nicht beschädigt wird. Das erfordert Geschicklichkeit, Kraft, Erfahrung und Zuverlässigkeit – Fähigkeiten, die sich für den Betrieb auszahlen und auch und den Beschäftigten etwas bringen müssen.

Für die Erntehelfer – ebenso wie für die anderen Beschäftigten in der Landwirtschaft - hat die Agrargewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) bereits im vergangenen Dezember mit der Bundesempfehlung Landwirtschaft einen Tarifvorschlag erzielt, der als Blaupause für die Tarifabschlüsse in den Ländern dient.

Inzwischen liegen entsprechende Tarifverträge in den meisten Bundesländern vor. Viele Erntehelfer erhalten die vereinbarte unterste Lohngruppe. Diese beträgt unverändert 9,10 Euro pro Stunde. Für Helfer, die aber im Jahr länger als vier Monate im Betrieb arbeiten, steigt der Lohn auf 9,25 Euro.

„Der reine Lohnanteil pro Kilo Spargel beträgt gerade einmal rund 0,46 Euro. Das ist für diesen Knochenjob ganz sicher nicht zu viel“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum. „Offensichtlich ist auch, dass sich der Spargelanbau für die Betriebe lohnt. Nicht umsonst haben sie laut Statistischem Bundesamt ihre Anbaufläche im vergangenen Jahr um rund fünf Prozent erhöht.“

Damit der vereinbarte Lohn bei den Beschäftigten auch wirklich ankommt, verteilt die IG BAU Faltblätter an die Erntehelfer, in denen sie ihre Rechte nachlesen können – neben Deutsch auch auf Polnisch, Bulgarisch, Rumänisch, Kroatisch und Ungarisch



Schwarzarbeit und Lohn-Prellerei in Duisburg und am Niederrhein



Wenn der Zoll auf die Baustelle kommt, haben die Beamten oft etwas zu bemängeln. Nach Einschätzung der IG BAU Duisburg-Niederrhein kommt ein Großteil der schwarzen Schafe jedoch „ungeschoren“ davon – weil engmaschige Kontrollen fehlten. (Foto: IG BAU)

Duisburger Zöllner kontrollierten im letzten Jahr 275 Baufirmen

Schwarzarbeit im Fokus: Baufirmen in Duisburg und am Niederrhein sollen häufiger Besuch vom Zoll bekommen.

Dies fordert die IG Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) mit Blick auf neue Zahlen des Bundesfinanzministeriums.

Danach kontrollierten Beamte im Bereich des zuständigen Hauptzollamts Duisburg im vergangenen Jahr insgesamt 275 Bauunternehmen – das sind rund 15 Prozent weniger als im Vorjahr. Hierbei leiteten die Zöllner 38 Ermittlungsverfahren wegen nicht gezahlter Mindestlöhne ein. Der Schaden wegen hinterzogenen Steuern und Sozialabgaben belief sich auf rund 18,82 Millionen Euro.

Die IG BAU Duisburg-Niederrhein nennt die Zahlen „alarmierend“. Der Anteil schwarzer Schafe in der Baubranche sei nach wie vor sehr hoch. „Selbst dabei ist noch von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.

Viele Dumping-Firmen gehen nicht ins Netz des Zolls, weil die Beamten mit den Kontrollen überhaupt nicht hinterherkommen“, sagt IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau. Angesichts des aktuellen Bau-Booms sei davon auszugehen, dass auch die illegale Beschäftigung stark zugenommen habe. „Das Ausmaß krimineller Machenschaften in der Branche ist enorm. Deshalb müssen die Behörden auch in Duisburg und am Niederrhein noch viel stärker kontrollieren“, so Pfau.

Hierfür benötige der Zoll jedoch deutlich mehr Personal – auch beim Hauptzollamt Duisburg. „Für eine effektive Ermittlung brauchen wir Manpower“, erklärt Pfau. Die IG BAU fordert bundesweit mindestens 10.000 Beamte bei der FKS. Zuletzt waren lediglich gut 6.400 FKS-Planstellen besetzt.

Die Zollbilanz geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Beate Müller-Gemmeke (Grüne) hervor. Um mehr Möglichkeiten im Kampf gegen Schwarzarbeit zu haben, schlägt die IG BAU die Schaffung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften in allen Bundesländern vor. Auch die Gewerkschaften könnten an den Kontrollen beteiligt werden. „Die Schweiz hat damit gute Erfahrungen gemacht“, sagt Pfau. Nach dem „Genfer Modell“ machen dort Gewerkschaften und Arbeitgeber gemeinsame Kontrollen auf Baustellen.